

Amtsblatt

FÜR ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Nr. 3G/ Ausgabe vom 01.01.2014

Herausgeber: Stadtverwaltung Worms, Bereich 1, Abt. 1.02 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Marktplatz 2, 67547 Worms, Tel.: (06241) 853-1202, Fax: (06241) 853-1299, E-Mail: amtsblatt@worms.de



Das Amtsblatt erscheint nach Bedarf, mindestens jedoch einmal monatlich und ist bei folgenden Einrichtungen der Stadtverwaltung Worms erhältlich: Pforte im Rathaus und im Adenauerring, Haus zur Münze, Büros der Ortsvorsteher, Klinikum Worms gGmbH und Entsorgungs- und Baubetrieb der Stadt Worms. Das Amtsblatt ist kostenlos, Abonnement ist möglich. Das Amtsblatt ist auch im Internet unter www.worms.de abrufbar.

Inhaltsverzeichnis

- | | | |
|------|---|--------------|
| 32.1 | Bekanntmachung der Hauptsatzung der Stadt Worms vom 28.07.2014 | Seite 4 - 15 |
| 32.2 | Öffentliche Bekanntmachung über die Berufung von Ersatzpersonen in den Stadtrat der Stadt Worms sowie in die Ortsbeiräte Worms-Neuhausen und Worms-Weinsheim | Seite 16 |
| 32.3 | Bekanntmachung über den Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG);
Antrag der Firma Renolit SE, Horchheimer Str. 50, 67547 Worms, auf Erteilung einer Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Herstellung von PVC-Folien durch Kalandrieren durch Neubau eines Gefahrstofflagers am Standort Worms, Gemarkung Worms, Flur 15, Nr. 102/27-30 (Horchheimer Str. 50, 67547 Worms) (Az.: 3.05.61-03/14) | Seite 17 |
| 32.4 | Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR) Bad Kreuznach, Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren - Lachgraben Abenheim - Herrnsheim | Seite 18 |

BEKANNTMACHUNG

Hauptsatzung der Stadt Worms vom 28.07.2014

Aufgrund des § 25 Gemeindeordnung (GemO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. S. 153) in Verbindung mit der Landesverordnung über die Aufwandsentschädigung für kommunale Ehrenämter (KomAEVO) vom 27.11.1997 (GVBl. S. 435) und in Verbindung mit der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung vom 12.03.1991 (GVBl. S. 85) hat der Stadtrat in seiner Sitzung vom 23.07.2014 Beschluss-Nr.: 4/2014-2019 folgende

Satzung

beschlossen:

Oberbürgermeister und Beigeordnete

§ 1

- (1) Der Stadtvorstand der Stadt Worms besteht aus dem Oberbürgermeister, drei hauptamtlichen und einem ehrenamtlichen Beigeordneten.
- (2) Für die Verwaltung der Stadt Worms werden fünf Geschäftsbereiche eingerichtet.

§ 1 a

Zur Herbeiführung einer Verständigung über die Erledigung wichtiger und schwieriger Aufgaben des Stadtrates sowie über die Behandlung von Gegenständen besonderer Art wird ein Ältestenrat gebildet.

§ 2

Die Besoldung und die Dienstaufwandsentschädigung des Oberbürgermeisters und der hauptamtlichen Beigeordneten werden durch Beschluss des Stadtrates im gesetzlichen Rahmen festgelegt.

§ 3

- (1) Der Oberbürgermeister ist der Leiter der Stadtverwaltung und vertritt die Stadt nach außen. Neben den ihm gesetzlich oder vom Stadtrat übertragenen Aufgaben obliegen ihm
 1. die Vorbereitung der Beschlüsse des Stadtrats im Benehmen mit den Beigeordneten und der Beschlüsse der Ausschüsse, soweit er selbst den Vorsitz führt;
 2. die Ausführung der Beschlüsse des Stadtrats und der Ausschüsse;

3. die laufende Verwaltung;
 4. die Erfüllung der der Gemeinde gemäß § 2 GemO übertragenen staatlichen Aufgaben.
- (2) Geschäfte der laufenden Verwaltung sind insbesondere:
- a) Vergabe von Aufträgen und Arbeiten im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel bis zu einer Wertgrenze von 100.000 Euro.
 - b) Abwicklung von weiteren Rechtsgeschäften im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel bis zu einer Wertgrenze von 100.000 Euro.
 - c) Stundung gemeindlicher Forderungen. Bei Stundung von Forderungen über 12.500 Euro ist der Haupt- und Finanzausschuss zu unterrichten.
 - d) Befristete und unbefristete Niederschlagungen gemeindlicher Forderungen. Bei Niederschlagungen von Forderungen über 12.500 Euro ist der Haupt- und Finanzausschuss zu unterrichten.
 - e) Erlass von gemeindlichen Forderungen. Bei Erlass von Forderungen über 12.500 Euro ist der Haupt- und Finanzausschuss zu unterrichten.
- (3) Der Haupt- und Finanzausschuss ist nachträglich über die Vergabe von Aufträgen sowie über die Abwicklung von Rechtsgeschäften zu unterrichten, sofern diese die Wertgrenze von 25.000 Euro übersteigen.

§ 4

- (1) Dem Oberbürgermeister wird die Entscheidung über die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen des Ergebnishaushaltes sowie zu über- und außerplanmäßigen Auszahlungen des Finanzhaushaltes (Investivbereich) bis zu einer Wertgrenze von 100.000 Euro übertragen.
- (2) Der Oberbürgermeister kann die ihm vom Stadtrat übertragenen Angelegenheiten weiter übertragen.

Form der öffentlichen Bekanntmachung

§ 5

- (1) Die öffentlichen Bekanntmachungen der Stadt Worms erfolgen im Amtsblatt der Stadt Worms.
- (2) Karten, Pläne oder Zeichnungen und damit verbundene Texte oder Erläuterungen können abweichend von Abs. 1 durch Auslegung in einem Dienstgebäude der Stadtverwaltung Worms zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden bekannt gemacht werden. In diesem Fall ist auf Gegenstand, Ort (Gebäude und Raum), Frist

- (3) und Zeit der Auslegung spätestens am Tag vor dem Beginn der Auslegung durch öffentliche Bekanntmachung in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen.

Die Auslegungsfrist beträgt mindestens sieben volle Werktage. Besteht an dienstfreien Werktagen keine Möglichkeit der Einsichtnahme, so ist die Auslegungsfrist so festzusetzen, dass an mindestens sieben Tagen Einsicht genommen werden kann.

- (3) Soweit durch Rechtsvorschrift eine öffentliche Auslegung vorgeschrieben ist und hierfür keine besonderen Bestimmungen gelten, gilt Absatz 2 entsprechend.

§ 6

Kann wegen eines Naturereignisses oder wegen anderer besonderer Umstände die in § 5 Abs. 1 vorgeschriebene Bekanntmachungsform nicht angewandt werden, so kann in unaufschiebbaren Fällen die Bekanntmachung durch öffentlichen Ausruf, durch Aushang (Anschlag) oder in anderer, eine ausreichende Unterrichtung der Einwohner gewährleistenden Form erfolgen. Die nach § 5 Abs. 1 vorgeschriebene Bekanntmachungsform ist unverzüglich nach Beseitigung des Hindernisses nachzuholen; dies gilt nicht, wenn der Inhalt der Bekanntmachung durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist.

§ 7

Die Bekanntmachungen gelten

- a) im Falle des § 5 Abs. 1 mit Ablauf des Erscheinungstages des Amtsblattes der Stadt Worms.
- b) im Falle des § 6 mit Ablauf des ersten vollen Tages der Bekanntmachung als bewirkt.

Ausschüsse

§ 8

- (1) Der Stadtrat kann für bestimmte Aufgabenbereiche zur Vorbereitung seiner Beschlüsse oder zur abschließenden Entscheidung Ausschüsse bilden. Die Ausschüsse setzen sich entweder nur aus Ratsmitgliedern oder aus Ratsmitgliedern und sonstigen wählbaren Bürgerinnen oder Bürgern der Stadt Worms zusammen; mindestens die Hälfte der Mitglieder eines Ausschusses soll jedoch Ratsmitglied sein. Soweit durch besondere Gesetze die Zusammensetzung eines Ausschusses abweichend von Satz 2, 2. Halbsatz geregelt ist, gehen die Bestimmungen des besonderen Gesetzes vor.
- (2) Für jedes Ausschussmitglied werden Stellvertreterinnen oder Stellvertreter gewählt. Nur die gewählten Vertreterinnen oder Vertreter können im Verhinderungsfall des Mitgliedes stimmberechtigt an der Ausschusssitzung teilnehmen. Bei der Wahl der Stellvertreterinnen oder Stellvertreter soll das in Abs. 1, Satz 2, 2. Halbsatz festgelegte Verhältnis gewahrt sein.

§ 9

- (1) Soweit einem Ausschuss die Beschlussfassung über Angelegenheiten nicht vom Stadtrat übertragen ist, hat der Ausschuss innerhalb seines Zuständigkeitsbereichs die Beschlüsse des Stadtrates vorzubereiten. Berührt eine Angelegenheit den Zuständigkeitsbereich mehrerer Ausschüsse, so obliegt dem Haupt- und Finanzausschuss die Federführung.
- (2) Dem Haupt- und Finanzausschuss wird, soweit der Werkausschuss Entsorgung nicht zuständig ist, die Entscheidung in folgenden Angelegenheiten übertragen:
- Vergabe von Aufträgen und Arbeiten im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel ab einer Wertgrenze über 100.000 Euro bis zu 200.000 Euro.
 - Abwicklung von weiteren Rechtsgeschäften im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel ab einer Wertgrenze über 100.000 Euro bis zu 200.000 Euro.
 - Beschlussfassung zur Zustimmung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen des Ergebnishaushaltes sowie von über- und außerplanmäßigen Auszahlungen des Finanzhaushaltes (Investivbereich) ab einer Wertgrenze über 100.000 Euro bis zu 200.000 Euro.
 - Zeitpunkt und Höhe der Aufnahme von Krediten nach Maßgabe der Haushaltssatzung.
 - Annahme oder Vermittlung von Sponsorenleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen. Bei einem Betrag von mehr als 10.000 Euro im Einzelfall entscheidet der Stadtrat in nichtöffentlicher Sitzung.

Ortsbezirke

§ 10

- (1) Für die Vororte

<u>Worms-Abenheim</u>	= Stadtbezirk 62 = Statistischer Bezirk 6201 = Statistischer Bezirk 6202
<u>Worms-Heppenheim</u>	= Stadtbezirk 54 = Statistischer Bezirk 5401
<u>Worms-Herrnsheim</u>	= Stadtbezirk 44 = Statistischer Bezirk 4401 = Statistischer Bezirk 4402 = Statistischer Bezirk 4403 = Statistischer Bezirk 4404
<u>Worms-Hochheim</u>	= Stadtbezirk 42 = Statistischer Bezirk 4201 = Statistischer Bezirk 4202

<u>Worms-Horchheim</u>	= Stadtbezirk 51 = Statistischer Bezirk 5101 = Statistischer Bezirk 5102 = Statistischer Bezirk 5103
<u>Worms-Ibersheim</u>	= Stadtbezirk 72 = Statistischer Bezirk 7201
<u>Worms-Leiselheim</u>	= Stadtbezirk 45 = Statistischer Bezirk 4501
<u>Worms-Neuhausen</u>	= Stadtbezirk 43 = Statistischer Bezirk 4301 = Statistischer Bezirk 4302 = Statistischer Bezirk 4303 = Statistischer Bezirk 4304 = Statistischer Bezirk 4305 = Statistischer Bezirk 4306 = Statistischer Bezirk 4307
<u>Worms-Pfeddersheim</u>	= Stadtbezirk 61 = Statistischer Bezirk 6101 = Statistischer Bezirk 6102 = Statistischer Bezirk 6103 = Statistischer Bezirk 6104
<u>Worms-Pfiffligheim</u>	= Stadtbezirk 41 = Statistischer Bezirk 4101 = Statistischer Bezirk 4102 = Statistischer Bezirk 4103 = Statistischer Bezirk 4104
<u>Worms-Rheindürkheim</u>	= Stadtbezirk 71 = Statistischer Bezirk 7101 = Statistischer Bezirk 7102
<u>Worms-Weinsheim</u>	= Stadtbezirk 52 = Statistischer Bezirk 5201 = Statistischer Bezirk 5202
<u>Worms-Wiesoppenheim</u>	= Stadtbezirk 53 = Statistischer Bezirk 5301

werden Ortsbezirke gebildet.

- (2) Der Plan über die Abgrenzung der statistischen Bezirke der Stadt Worms kann im Rathaus der Stadt Worms zu den üblichen Öffnungszeiten bei der Abteilung 1.01 – Kommunalverfassung, Sitzungsdienst/Statistik und Wahlen eingesehen werden.

§ 11

Jeder Ortsbezirk hat einen Ortsbeirat und einen Ortsvorsteher.

§ 12 Ortsbeirat

- (1) Der Ortsbeirat hat die Belange des Ortsbezirkes zu wahren und die Gemeindeorgane durch Beratung, Anregung und Mitgestaltung zu unterstützen.
- (2) Der Ortsbeirat hat zu denjenigen Fragen Stellung zu nehmen, die ihm vom Stadtrat oder vom Oberbürgermeister vorgelegt werden. Er ist zu allen wichtigen Fragen, die den Ortsbezirk betreffen, insbesondere zum Entwurf des Haushaltsplanes, soweit es sich um Ansätze für den Ortsbezirk handelt, vor der Beschlussfassung des Stadtrats zu hören. Im Übrigen kann der Ortsbeirat über alle den Ortsbezirk betreffenden wichtigen Angelegenheiten beraten und der Stadtverwaltung Vorschläge unterbreiten.
- (3) Die Zahl der Ortsbeiratsmitglieder wird wie folgt festgesetzt:

Worms-Abenheim	11
Worms-Heppenheim	11
Worms-Herrnsheim	11
Worms-Hochheim	11
Worms-Horchheim	11
Worms-Ibersheim	9
Worms-Leiselheim	11
Worms-Neuhausen	15
Worms-Pfeddersheim	15
Worms-Pfiffligheim	11
Worms-Rheindürkheim	11
Worms-Weinsheim	11
Worms-Wiesoppenheim	11

§ 13 Ortsvorsteher

- (1) Der Ortsvorsteher wird von den am Wahltag seit mindestens 3 Monaten im Ortsbezirk wohnenden Bürgerinnen oder Bürgern in entsprechender Anwendung der für die Wahl ehrenamtlicher Bürgermeister geltenden Bestimmungen der Gemeindeordnung gewählt.

Der Ortsvorsteher ist nach den Vorschriften des Landesbeamtengesetzes zum Ehrenbeamten zu ernennen.

Nicht wählbar sind Personen, die nach den Bestimmungen des Kommunalwahlgesetzes nicht Mitglied des Stadtrates sein dürfen.

- (2) Für jeden Ortsvorsteher wählt der Ortsbeirat aus seiner Mitte für die Dauer seiner Wahlzeit eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. Für Ortsbezirke mit 15 Ortsbeiratsmitgliedern kann der Ortsbeirat einen ersten und einen zweiten Stellvertreter aus seiner Mitte wählen. Die stellvertretenden Ortsvorsteher sind nach den Vorschriften des Landesbeamtengesetzes ebenfalls zu Ehrenbeamten zu ernennen. Sie vertreten den Ortsvorsteher im Verhinderungsfalle.

Aufwandsentschädigung

§ 14 Geltungsbereich

Die nachfolgenden Bestimmungen gelten für die Aufwandsentschädigung der Ratsmitglieder, der Mitglieder von Ausschüssen und Ortsbeiräten, der Ortsvorsteher, der Mitglieder des Beirates für Migration und Integration, der Mitglieder des Seniorenbeirates, der Mitglieder des Jugendparlamentes sowie sonstiger ehrenamtlich tätiger Personen.

§ 15 Mitglieder des Stadtrats

- (1) Die Mitglieder des Stadtrats erhalten nach ihrer Wahl bis zum Ende des Monats, in dem ihre Eigenschaft als Ratsmitglied erlischt, eine Aufwandsentschädigung, die in Form eines monatlichen Grundbetrages und von Sitzungsgeldern gewährt wird.

Ratsmitglieder, die im Laufe der Wahlzeit in den Stadtrat eintreten, erhalten eine Aufwandsentschädigung nach Satz 1 ab Beginn des Monats, in dem die Erklärung zur Annahme der Wahl erfolgt.

- (2) Der monatliche Grundbetrag beträgt 180,00 Euro. Für die Teilnahme an einer Ratssitzung wird ein Sitzungsgeld von 40,00 Euro gewährt.
- (3) Für die Teilnahme an Sitzungen der Fraktionen, die der Vorbereitung von Ratssitzungen dienen, erhalten die Stadtratsmitglieder ein Sitzungsgeld von 40,00 Euro. Dieser Entschädigungsanspruch gilt für jeweils zwei Fraktionssitzungen zur Vorbereitung einer Ratssitzung.
- (4) Die Vorsitzenden der im Stadtrat vertretenen Fraktionen erhalten zusätzlich eine besondere Aufwandsentschädigung in Höhe des monatlichen Grundbetrages nach Abs. 2.
Die stellvertretenden Vorsitzenden der im Stadtrat vertretenen Fraktionen erhalten zusätzlich eine besondere Aufwandsentschädigung in Höhe von 50 % des monatlichen Grundbetrages nach Abs. 2.
Werden mehrere stellvertretende Fraktionsvorsitzende von einer Fraktion benannt, teilen diese sich die besondere Aufwandsentschädigung nach Satz 2 untereinander.
- (5) Reisekosten werden nach Stufe C des Landesreisekostengesetzes gewährt. Nachgewiesener Lohnausfall wird in voller Höhe ersetzt. Verdienstaufschlag wird Ratsmitgliedern auf Antrag mit einem monatlichen Durchschnittssatz von 30,00 Euro ersetzt. Personen, die weder einen Lohn- noch einen Verdienstaufschlag geltend machen können, denen aber im häuslichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen versäumter Arbeit oder durch die Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten auf Antrag einen Ausgleich in Form eines Durchschnittssatzes von 30,00 Euro pro Monat.
- (6) Die Stadtratsmitglieder erhalten zur Ausübung ihres Ehrenamtes für die Dauer ihrer Mitgliedschaft im Stadtrat wahlweise Einzelfahrscheine zur Benutzung der städtischen Verkehrsmittel oder Auslasskarten zur unentgeltlichen Nutzung des städtischen Parkhauses "Am Dom".

§ 16

Mitglieder der Ausschüsse und Ortsbeiräte

- (1) Die vom Stadtrat gewählten Mitglieder der Ausschüsse, Beiräte und Kommissionen (Ratsmitglieder und sonstige Bürgerinnen oder Bürger) und die ehrenamtlichen Mitglieder des Ältestenrates erhalten nach ihrer Wahl bis zum Ende des Monats, in dem ihre Eigenschaft als Mitglied erlischt, für die Teilnahme an einer Sitzung eine Aufwandsentschädigung in Form eines Sitzungsgeldes von 40,00 Euro. Diese Regelung gilt auch für beratende Mitglieder, die vom Stadtrat gewählt wurden.
- (2) Die Mitglieder der Ortsbeiräte erhalten nach ihrer Wahl bis zum Ende des Monats, in dem ihre Eigenschaft als Ortsbeiratsmitglied erlischt, eine Aufwandsentschädigung, die in Form eines monatlichen Durchschnittsatzes von 30,00 Euro gewährt wird.
- (3) Das gleiche gilt auch für Mitglieder der unter Abs. 1 und 2 genannten Gremien, die im Laufe der Wahlzeit des Stadtrats in das jeweilige Gremium eintreten, ab Beginn des Monats, in dem die Erklärung zur Annahme der Wahl erfolgt.
- (4) Reisekosten werden nach Stufe C des Landesreisekostengesetzes gewährt. Nachgewiesener Lohnausfall wird in voller Höhe ersetzt.
- (5) Falls für gesetzlich vorgeschriebene Ausschüsse eine andere gesetzliche Regelung der Entschädigung für deren Mitglieder vorgesehen ist, sind die Absätze 1 und 4 nicht anzuwenden.

§ 16 a

Zuschuss an Stadtrats- und Ortsbeiratsfraktionen sowie an den Ring politischer Jugend

- (1) Die im Stadtrat vertretenen Fraktionen erhalten nach Vorlage entsprechender Verwendungsnachweise einen jährlichen Zuschuss in Form eines Sockelbetrages von 1.500,00 Euro zzgl. eines Pauschalbetrages von 400,00 Euro pro Ratsmitglied. Fraktionslose Ratsmitglieder erhalten lediglich den Pauschalbetrag nach Satz 1.
- (2) Die in den Ortsbeiräten vertretenen Fraktionen erhalten nach Vorlage entsprechender Verwendungsnachweise einen jährlichen Zuschuss in Form eines Pauschalbetrages von 28,00 Euro je Ortsbeiratsmitglied.
- (3) Die im Stadtrat vertretenen Parteien oder Wählergruppen erhalten auf Antrag und nach Vorlage entsprechender Verwendungsnachweise einen Zuschuss für den „Ring politischer Jugend“ von jährlich insgesamt 8.000,00 Euro. Dieser Gesamtbetrag wird an die einzelnen Parteien oder Wählergruppen anhand der Sitzverteilung im Stadtrat aufgeteilt. Die Zuteilung an die jeweiligen im Stadtgebiet vertretenen Jugendorganisationen erfolgt im Ermessen der jeweiligen Partei oder Wählergruppe.

§ 17

Mitglieder des Beirates für Migration und Integration

- (1) Die Mitglieder des Beirates für Migration und Integration erhalten eine Entschädigung in Form eines Sitzungsgeldes in Höhe von 30,00 Euro analog der Regelung in § 16 Abs. 1.
- (2) Die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Beirates für Migration und Integration erhält eine zusätzliche monatliche besondere Aufwandsentschädigung in Höhe von 30,00 €.
- (3) Im Übrigen gilt die Bestimmung des § 16 Abs. 4 entsprechend.

§ 17 a

Seniorenbeirat

- (1) Die Mitglieder des Seniorenbeirates erhalten eine Entschädigung für die Teilnahme an einer öffentlichen Sitzung in Form eines Sitzungsgeldes in Höhe von 30,00 Euro.
- (2) Im Übrigen gilt die Bestimmung des § 16 Abs. 4 entsprechend.

§ 17 b

Jugendparlament

- (1) Die Mitglieder des Jugendparlamentes sowie die das Jugendparlament beratenden Mitglieder der Fraktionen und Ausschüsse erhalten eine Entschädigung für die Teilnahme an einer öffentlichen Sitzung in Form eines Sitzungsgeldes in Höhe von 30,00 Euro.
- (2) Im Übrigen gilt die Bestimmung des § 16 Abs. 4 entsprechend.

§ 17 c

Kunstbeirat

- (1) Die Mitglieder des Kunstbeirates erhalten eine Entschädigung für die Teilnahme an einer Sitzung in Form eines Sitzungsgeldes in Höhe von 50,00 Euro.
- (2) Im Übrigen gilt die Bestimmung des § 16 Abs. 4 entsprechend.

§ 18

Ehrenamtliche Beigeordnete

- (1) Die ehrenamtlichen Beigeordneten erhalten für den Fall der Vertretung des Oberbürgermeisters gem. § 50 Abs. 2 GemO eine Aufwandsentschädigung gemäß § 12 Abs. 1 i.V.m. § 13 Abs. 1 KomAEVO. Erfolgt die Vertretung des Oberbürgermeisters nicht für die Dauer eines vollen Monats, jedoch innerhalb eines Monats insgesamt länger als drei Tage, so beträgt sie für jeden Tag der Vertretung ein Dreißigstel des Monatsbetrages gemäß Satz 1. Eine nach Absatz 2 gewährte Aufwandsentschädigung ist anzurechnen.

- (2) Ehrenamtliche Beigeordnete, denen ein bestimmter Geschäftsbereich übertragen ist, erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung gemäß § 13 Abs. 2 Satz 3 KomAEVO.

§ 19 Ortsvorsteher

- (1) Die ehrenamtlichen Ortsvorsteher erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 75 % des in der KomAEVO für ehrenamtliche Ortsbürgermeister festgesetzten monatlichen Betrages.
- (2) Einem stellvertretenden Ortsvorsteher, der den Ortsvorsteher innerhalb eines Monats insgesamt länger als drei Tage vertritt, wird für die Zeit der Vertretung je Vertretungstag 1/30 der Aufwandsentschädigung des Ortsvorstehers gezahlt.
- (3) Reisekosten werden nach Stufe C des Landesreisekostengesetzes gewährt.

§ 20 Wehrleitung, Stadtfeuerwehrobmann, Wehrführern Gleichgestellte, Ausbilderinnen und Ausbilder, Stadtjugendfeuerwehrwart, Jugendfeuerwehrwarte und ehrenamtliche Feuerwehrangehörige

- (1) Der ehrenamtliche Stadtfeuerwehrinspekteur erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 263,80 Euro und einen Zuschlag für jede im Stadtgebiet aufgestellte Stadtteilfeuerwehr in Höhe von 7,00 Euro. Der ständige ehrenamtliche Vertreter des Stadtfeuerwehrinspektors erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 131,90 Euro.
- (2) Der Stadtfeuerwehrobmann erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 66,01 Euro.
- (3) Für die den Wehrführern Gleichgestellten im Sinne der Feuerwehr-Entschädigungsverordnung in der derzeit gültigen Fassung werden folgende monatliche Aufwandsentschädigungen gezahlt:
- | | |
|---|------------|
| 1. Wehrführer Worms-Mitte | 92,37 Euro |
| 2. Wehrführer Worms-Abenheim | 92,37 Euro |
| 3. Wehrführer Worms-Pfeddersheim | 92,37 Euro |
| 4. Wehrführer Worms-Rheindürkheim | 92,37 Euro |
| 5. Wehrführer Worms-Heppenheim | 59,38 Euro |
| 6. Wehrführer Worms-Herrnsheim | 59,38 Euro |
| 7. Wehrführer Worms-Ibersheim | 59,38 Euro |
| 8. Wehrführer Worms-Wiesoppenheim/Horchheim | 59,38 Euro |
| 9. Zugführer Gefahrstoffzug | 59,38 Euro |
- (4) Die Aufwandsentschädigung der Ausbilderinnen und Ausbilder der kreisfreien Stadt Worms beträgt je Ausbildungsstunde 13,61 Euro.
- (5) Der Stadtjugendfeuerwehrwart erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 66,01 Euro und einen Zuschlag für jede im Stadtgebiet aufgestellte Jugendfeuerwehr in Höhe von jeweils 3,53 Euro. Die Jugendfeuerwehrwarte erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 33,18 Euro.

- (6) Die Aufwandsentschädigung für Einsätze der ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen beträgt je Stunde 7,50 Euro.

§ 20 a

Leitende Notärztinnen und Leitenden Notärzte, Organisatorische Leiterinnen und Organisatorische Leiter

- (1) Die Leitenden Notärztinnen und Leitenden Notärzte erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 59,38 Euro.
- (2) Die Organisatorischen Leiterinnen und Organisatorischen Leiter erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 59,38 Euro.

§ 21

Patientenfürsprecherin oder Patientenfürsprecher

Die Patientenfürsprecherin oder der Patientenfürsprecher für das Klinikum Worms erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 150,00 Euro.

§ 21 a

Fahrradbeauftragte oder Fahrradbeauftragter

Die oder der Fahrradbeauftragte der Stadt Worms erhält ab 01.07.2003 eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 150,00 Euro.

§ 21 b

Behindertenbeauftragte oder Behindertenbeauftragter

Die oder der Behindertenbeauftragte der Stadt Worms erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 150,00 €.

§ 21 c

Präventionsbeauftragte oder Präventionsbeauftragter

Die Präventionsbeauftragte oder der Präventionsbeauftragte erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 150,00 Euro.

§ 22
Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01. August 2014 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung der Stadt Worms vom 22. November 2001, zuletzt geändert durch die Satzung vom 24. Januar 2013, außer Kraft.

Worms, den 28.07.2014
Stadtverwaltung Worms
gez.
Michael Kissel
Oberbürgermeister

Hinweis

Satzungen, die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder auf Grund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach der Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen, wenn eine Rechtsverletzung nicht innerhalb eines Jahres nach der öffentlichen Bekanntmachung schriftlich unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, geltend gemacht worden ist.

Öffentliche Bekanntmachung über die Berufung von Ersatzpersonen in den Stadtrat der Stadt Worms, sowie in den Ortsbeiräten Worms-Neuhausen und Worms-Weinsheim

Stadtrat der Stadt Worms

Die über den Wahlvorschlag der Christlich Demokratischen Union in den Stadtrat der Stadt Worms gewählte Frau Petra Graen hat ihr Mandat als Stadtratsmitglied niedergelegt.

Gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes in Verbindung mit § 66 der Kommunalwahlordnung wurde Frau Marion Hartmann als Ersatzperson einberufen.

Frau Hartmann hat die Wahl angenommen.

Ortsbeirat Worms-Neuhausen

Die über den Wahlvorschlag von Bündnis 90/Die Grünen in den Ortsbeirat Worms-Neuhausen gewählte Frau Melanie Fell hat ihr Mandat als Ortsbeiratsmitglied niedergelegt.

Gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes in Verbindung mit § 66 der Kommunalwahlordnung wurde Herr Hayrullah Dindas als Ersatzperson einberufen.

Herr Dindas hat die Wahl angenommen.

Ortsbeirat Worms-Weinsheim

Der über den Wahlvorschlag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in den Ortsbeirat Worms-Weinsheim gewählte Herr Wolfgang Thiemermann hat sein Mandat als Ortsbeiratsmitglied niedergelegt.

Gemäß § 45 des Kommunalwahlgesetzes in Verbindung mit § 66 der Kommunalwahlordnung wurde Herr Hans-Peter Baier als Ersatzperson einberufen.

Herr Baier hat die Wahl angenommen.

Worms, den 28.07.2014
gez.
Michael Kissel
Oberbürgermeister

BEKANNTMACHUNG

**Vollzug des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG);
Antrag der Firma Renolit SE, Horschheimer Str. 50, 67547 Worms auf Erteilung einer
Genehmigung zur wesentlichen Änderung der Anlage zur Herstellung von PVC-Folien
durch Kalandrieren durch Neubau eines Gefahrstofflagers am Standort Worms, Ge-
markung Worms, Flur 15, Nr. 102/27-30 (Horschheimer Str. 50, 67547 Worms)
(Az.: 3.05.61-03/14)**

**Bekanntgabe gemäß § 3 a Satz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung
(UVPG)**

Die Stadtverwaltung Worms, Bereich 3 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Abt. 3.05 -
Umweltschutz und Landwirtschaft, gibt als zuständige Genehmigungsbehörde bekannt, dass im
Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Verfahrens zur wesentlichen Änderung der Anlage zur
Herstellung von PVC-Folien durch Kalandrieren durch Neubau eines Gefahrstofflagers (Anlage nach
Nr. 5.12 in Verbindung mit Nr. 9.3.2 der Anlage 1 der 4. BImSchV) auf dem Werksgelände der Firma
Renolit SE, Horschheimer Str. 50 in 67547 Worms, Gemarkung Worms, Flur 15, Nr. 102/27-30 keine
Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt werden muss.

Die im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens erfolgte Vorprüfung
gemäß § 3e Abs. 1 Nr. 2 UVPG unter Berücksichtigung der in Anlage 2 des UVPG aufgeführten
Kriterien hat ergeben, dass die wesentliche Änderung keine erheblichen nachteiligen Umweltaus-
wirkungen haben kann.

Diese Feststellung ist nicht selbständig anfechtbar.

Worms, den 23.07.2014
In Vertretung
Hans - Joachim Kosubek
Bürgermeister

BEKANNTMACHUNG

Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR) Bad Kreuznach, Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren - Lachgraben Abenheim - Herrnsheim

Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum (DLR)
Rheinhausen-Nahe-Hunsrück
- Flurbereinigungs- und Siedlungsbehörde -

Vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren
Lachgraben Abenheim-Herrnsheim
Az.: 91698-HA 6.2

Bad Kreuznach, 24.07.2014
Rüdesheimer Str. 60-68
55545 Bad Kreuznach
Telefon: 0671/820-554
Telefax: 0671/820-500
Email: dlr-rnh@dlr.rlp.de
Internet: www.dlr-rnh.rlp.de

Unterbleiben einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)

Bekanntgabe gemäß § 3a Satz 2, zweiter Halbsatz UVPG des Ergebnisses der Vorprüfung des Einzelfalls nach § 3c UVPG

In dem vereinfachtes Flurbereinigungsverfahren Lachgraben Abenheim-Herrnsheim, Stadt Worms, ist der Bau gemeinschaftlicher Anlagen vorgesehen. Dieses Vorhaben fällt in den Anwendungsbereich des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Neufassung vom 24.02.2010 (BGBl. I S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 11.08.2010 (BGBl. I S. 1163). Für das Vorhaben ist eine Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 3c Abs. 1 UVPG durchgeführt worden.

Das Vorhaben wird nach Einschätzung der Behörde aufgrund überschlüssiger Prüfung unter Berücksichtigung der in der Anlage 2 UVPG aufgeführten Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 12 UVPG zu berücksichtigen wären.

Es besteht daher keine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung. Gemäß § 3a Satz 3 UVPG ist diese Feststellung nicht selbständig anfechtbar. Die entsprechenden Unterlagen sind der Öffentlichkeit nach den Bestimmungen des Umweltinformationsgesetzes bei dem DLR Rheinhausen-Nahe-Hunsrück, Dienstsitz Bad Kreuznach, Zimmer D 33, Rüdesheimer Str. 60-68, 55545 Bad Kreuznach - während der Dienststunden - zugänglich.

Im Auftrag
gez. Frank Schmelzer
(Gruppenleiter)

IMPRESSUM

Herausgeber:
V.i.S.d.P.
Stadtverwaltung Worms
Abt. 1.02 – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Pressereferent: Hans Helmut Brecht
Marktplatz 2
67547 Worms
Tel. 06241/ 853-1202
E-Mail: amtsblatt@worms.de

Layout und Gestaltung: Abt. 1.02 – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Rathausdruckerei
Druck: Rathausdruckerei

Ansprechpartnerin: Eva Muth (Abt. 1.02)

Druckfehler vorbehalten!